

gespannter Aufmerksamkeit folgt die Versammlung den fünf Viertelstunden dauernden Ausführungen des Amtsanführers.

Einvernahme des Angeklagten

Der Präsident beginnt hierauf mit der Einvernahme des Angeklagten, der sich vom Sitz erheben will, vom Präsidenten aber, wohl im Hinblick auf seine geschwächte Gesundheit, zum Sitzen gebeten wird. Auf die Frage über seine Personalien, die aus der Anklageschrift bekannt sind, antwortet Frankfurter mit klarer Stimme. Lange verweilt die Einvernahme zunächst bei der Krankengeschichte des Angeklagten. Medizinische Aktenstücke, unter anderem eine ausführliche Darstellung des Bruders Frankfurters in Subotica, werden vorgelesen. Ein Ratolog akuter und chronischer Leiden spricht aus diesen Akten, die die aus der Anklageschrift bekannte Tatsache erhärten, daß Frankfurters Gesundheit schwer erschüttert war und heute noch ist.

Die Befragung über die Studienzeit ergibt, daß Frankfurter in Leipzig und Frankfurt a. M. dem religiösen „Verein jüdischer Akademiker“ angehörte. Politisch betätigte er sich nie. Nur indirekt, durch Drohungen, sei er, Frankfurter, durch die antimilitärische Bewegung in Deutschland belästigt worden. Deshalb habe er auch eine Zeitlang einen Revolver auf sich getragen. Während der Werner Studienzeit wurde Frankfurter geldlich von seinem Vater etwas knapp gehalten, so daß er gezwungen war, bei Freunden kleinere Beträge zu borgen, die er aber regelmäßig zurückerstattete. Präsident: „Haben Sie gewissenhaft den Studien obgelegen?“ Frankfurter: „Ich konnte nicht, zum Teil aus körperlichen Gründen, aber hauptsächlich wegen anderer Sachen.“ Präsident: „Welche Zeitungen haben Sie gelesen, auch solche extremer Richtungen?“ Frankfurter: „Hauptsächlich 'Bund', 'Nationalzeitung' und 'Neue Zürcher Zeitung'.“ Extreme Zeitungen will der Angeklagte nie gelesen haben. Der Präsident erkundigt sich nach dem Verkehr Frankfurters mit Personen, die bei der Polizei schlecht ausgewiesen sind, nämlich dem Schauspielere Jülich und Dr. Perlemann. Frankfurter: „Ich habe von ihnen bis zur Einvernahme in der Voruntersuchung nie etwas gehört.“ Präsident: „Warum sind Sie nicht ins Examen gestiegen, obwohl Ihre Familie darauf wartete?“ Frankfurter: „Ich habe nicht die geistliche Kraft und Konzentration dazu gehabt.“

Der Präsident wendet sich dann den Beziehungen des Angeklagten zu seiner Familie zu und fragt ihn, ob er nicht weiterhin auf die Hilfe der Familie hätte zählen können, wenn er sie über das nicht gemachte Examen offen aufgeklärt hätte. Der Angeklagte bejaht diese Frage, worauf der Präsident zu wissen begehrt, warum er denn zu so verzweifelten Entschlüssen, besonders zum Selbstmordentschluß gekommen sei. Frankfurter beantwortet diese Frage nicht, bejaht dagegen, daß er sich entschlossen habe, Selbstmord zu begehen und schon früher diesen Gedanken mit sich herumgetragen habe. Den Revolver habe er, so ergibt die weitere Einvernahme, in Bern für zehn Franken gekauft. Frage des Präsidenten: „Was wollten Sie mit dem Revolver machen? Dachten Sie ursprünglich nur an Selbstmord?“ Angeklagter: „Ursprünglich dachte ich an Selbstmord. Es war aber noch kein bestimmter Entschluß, sondern nur ein Gedanke, ein Gang danach.“ Er hat den Revolver verschiedenen Bekannten gezeigt, darunter auch der Zimmervermieterin, Fräulein Steffen. Auf ihre Frage wegen des Besitzes der Waffe will er geantwortet haben, daß er Freude an einer Waffe habe. Der Präsident fragt, ob er sonst schon geschossen habe, ob er „Schätze“ sei, was der Angeklagte verneint. Er bestätigt weiter, einmal Schießübungen in Ostermündingen bei Bern vorgenommen zu haben, und zwar allein. Die Handhabung der Waffe habe er sich im Waffenladen zeigen lassen. Frage des Präsidenten: „Haben Sie nichts davon verlauten lassen, daß Sie Selbstmord begehen oder jemand anderen töten wollen?“ Angeklagter: „Möglich, daß ich im Spaß einmal von Selbstmord gesprochen habe.“

Rum fragt der Präsident den Angeklagten, warum er den beabsichtigten Selbstmord nicht ausgeführt habe. Antwort: „Ich konnte nicht.“ Frage des Präsidenten: „Haben Sie den Mut nicht mehr gehabt?“ Der Angeklagte gibt ein Zeichen der Zustimmung. Der Präsident: „Aber der begangene Mord wäre doch ein Grund mehr gewesen, Selbstmord zu begehen, da Ihre Lage dadurch noch schlimmer geworden war.“ Der Angeklagte gibt auf diesen Vorhalt keine Antwort, und der Präsident verlegt die Verhandlung auf nachmittags vier Uhr.

Um einen Mittelmeerpakt

London, 9. Dez. pt Die englisch-italienischen Verhandlungen wegen eines Mittelmeerpaktes machen befriedigende Fortschritte. Man rechnet mit der Möglichkeit der Fertigstellung einer gemeinsamen Erklärung schon zu Beginn des nächsten Jahres, sofern nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten. Die Erklärung wird die Absicht beider Mächte bekunden, im Interesse des Friedens und des territorialen status quo im Mittelmeer zusammenzuarbeiten. Besonders schweres Gewicht wird auf den letztgenannten Punkt gelegt, um das Vertrauen und die Mitwirkung der kleineren Mittelmeerstaaten zu erlangen. Jugoslawien, die Türkei und Griechenland genießen, wie man in London hervorhebt, den Schutz besonderer englischer Garantien. Die Nachricht, wonach ein Abkommen über die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse im Mittelmeer mit der geplanten Abmachung verbunden werden sollte, sind unrichtig.

Getrennt von diesen Verhandlungen steht die Frage der Stellung der britischen Gesandtschaft in Addis Abeba. Die Anerkennung der Eroberung Abessinien's scheint folgendermaßen geregelt werden zu sollen: Bei Gelegenheit der Aufnahme Ägyptens in den Völkerbund soll darauf hingewiesen werden, daß weder in Abessinien eine organisierte abessinische Staatsgewalt bestünde. Diese Feststellung werde beim Völkerbund zu Protokoll gegeben werden.

Die englische Königskrise

In der Erwartung des Entscheides

London, 9. Dez. (Tel. unjeres K.-Korr.) Es zeigt sich immer mehr, wie falsch diejenigen betaten waren, die, wie Churchill, Kitchener und die hinter ihnen stehenden Blätter glaubten, daß es möglich wäre, eine Volksbewegung zu inszenieren, die dem König gestatten würde, die durch seine Heiratspläne herbeigeführte Krise hinauszuschieben. Diese Kreise wollten mit dem Appell an die sentimentale Seite des englischen Charakters, wenn nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit einer Kompromißlösung den Weg bahnen, die Eduard VIII. selbst im Auge hatte, als er ein einziges Mal während der ganzen Krise das Kabinett um eine direkte Ansichtäußerung bat. Bei diesem Appell hatte man aber die Kraft des Widerstandes, der sich gegen das Heiratsprojekt König Eduards in jeder Form geltend macht, stark unterschätzt. Man spricht heute offen darüber, daß die Agitation mehr geschadet als genützt habe, ganz im allgemeinen, aber auch der Sache des Königs. Sie ist heute so gut wie verstimmt; da und dort klingt sie in eitlen Bemühungen um die Aufklärung der Anfänge der Krise noch nach. Aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß das Publikum sich für diese Dinge langereifern wird, wenn eine die nationalen Wünsche und Interessen zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann.

Die aus allen Teilen des Empire, aus den Dominions und aus Indien eintreffenden Informationen und Stimmungsbilder zeigen deutlich genug, wie die Völker denken, denen die Krone Englands in den letzten Jahrzehnten das Symbol ihrer Zusammengehörigkeit geworden ist. Sie hoffen alle, daß die Konferenz, die gestern abend im Fort Belvedere stattfand, zu der auch die juristischen Berater und Privatsekretäre gelegentlich hinzugezogen wurden, die Besorgnisse behoben habe, die seit acht Tagen auf dem britischen Weltreich lasten. Sie hoffen aber auch, daß Baldwin heute oder spätestens morgen in der Lage sein werde, im Unterhaus eine Erklärung abzugeben, welche die Spannung löst. Wenn „Daily Herald“ heute erklärt, daß zwar jedermann für die Schwere der Stellung Ver-

ständnis aufbringe, in der sich der König befinde, so fügt er doch hinzu, „die Geduld der Nation, ja des ganzen Empire könne nicht viel länger auf die Probe gestellt werden“. Damit verleiht das Blatt der Labourpartei einer Auffassung Ausdruck, die heute in viel weiteren Kreisen Anklang findet als in denen, für die das sozialistische Organ gewöhnlich spricht. „Times“ stellt sich mit der Auswahl der Stimmen, die sie ihrem Leserpublikum heute aus dem Empire vorlegt — wobei sie u. a. ein südafrikanisches Blatt zitiert, das von dem großen Schaden spricht, den der König bewußt oder unbewußt dem Reiche zugefügt habe —, kontert auf die Seite des „Daily Herald“.

Der politische Korrespondent der „Morning Post“ gibt die Befürchtung wieder, die in parlamentarischen Kreisen gestern abend Hauptgesprächstoff gewesen sein soll, daß der König schließlich doch ab danken werde. Diese Äußerung ist der einzige Verzicht zur Deutung des unaufhörlichen Kommens und Gehens von Anwälten und Sachwaltern in der Downing Street, im Fort Belvedere und seit gestern auch in der Villa in Cannes, in der sich Mrs. Simpson seit einigen Tagen befindet. Die meisten anderen Blätter begnügen sich mit der Wiedergabe der gestrigen Ereignisse und ihre Kommentare unterstreichen nur die Einnützigkeit, die in bezug auf alle wesentlichen Fragen der Krise im Parlament vorhanden ist.

London, 9. Dez. ag (Havas) In der Sitzung der Labourfraktion wurde die Auffassung ausgesprochen, daß der König dem Ratsschlag der Minister Folge leisten sollte, wenn dieser Ratsschlag ihm vom Regierungschef offiziell erteilt wird. Es wurden indessen keine endgültigen Beschlüsse gefaßt hinsichtlich der Haltung, welche die Labourpartei gegenüber der Regierungspolitik bei der Verfassungskrise einnehmen will.

Cannes, 8. Dez. (Tel. der „United Press“) Das Gesprächsthema der gesamten Stadt bildete heute die Frage, ob König Eduard VIII. in den nächsten Tagen nach Cannes kommen werde, um Mrs. Simpson zu sehen.

Der Bürgerkrieg in Spanien

Die Schweizer in Madrid

Bern, 9. Dez. ag Das eidgenössische politische Departement steht nach wie vor in beinahe täglicher telephonischer Verbindung mit der schweizerischen Gesandtschaft in Madrid. Nach den Mitteilungen des dortigen Geschäftsträgers, des Legationsrats Fontanel, befindet sich die noch ungefähr 150 Mann starke Schweizerkolonie den Umständen entsprechend wohl. Von diesen Schweizerbürgern werden ungefähr 50 die spanische Hauptstadt in den nächsten Tagen verlassen, um mit dem Auto über Alicante und Barcelona in die Heimat zurückzufahren.

Russische Transportdampfer aufgebracht

Gibraltar, 8. Dez. (Tel. der „United Press“) Das amtliche Nachrichtenblatt der Regierung Franco berichtet heute, daß am Montag sieben sowjetrussische Schiffe von nationalistischen Kriegsschiffen angehalten und aufgebracht worden sei. Einer der Dampfer hatte hundert Geschütze geladen; ein zweiter habe die britische Flagge geführt.

Italienische Expedition nach Katalonien?

Paris, 9. Dez. ag „Deuvre“ veröffentlicht folgende Meldung, die es von zuständiger Seite erfahren haben will:

„Italien scheint außerordentliche Vorbereitungen zu treffen, um General Franco bei dessen geplantem Angriff auf Katalonien zu Hilfe zu kommen. Nach einer Meldung aus Turin vom 4. Dezember werden zurzeit in Italien fieberhaft Vorbereitungen getroffen für die Abführung eines 60 000 Mann starken Truppenkontingents zur Unterstützung der spanischen Militärregierung. In den letzten Tagen hat Mussolini mit sechs Generalen der faschistischen Militärs, darunter den Generalen Montana und Brandimarte, verhandelt und ihnen den Befehl erteilt, nach Spanien zu reisen und den Befehl über die bereits dort anwesenden Italiener zu übernehmen. Ein erstes Kontingent der 60 000 Mann besteht aus 2700 Mann. Davon sind 700 Mann in der Kaserne Cavalli und 2000 Mann im Sportpalast in Mailand untergebracht. Diese 2700 Mann werden unverzüglich nach Spezia abreisen und sich dort nach Spanien einschiffen. Ihre Ausrüstung trägt die Firmenbezeichnung „Mischer“, d. h. einer nicht existierenden Firma. Am 2. Dezember ist General Brandimarte nach Spanien abgereist.“

Die Konferenz von Buenos Aires

Buenos Aires, 8. Dez. ag (Havas) Uruguay hat der Panamerikanischen Konferenz einen Konventionstext unterbreitet, der vorsieht, daß alle Streitigkeiten ohne Ausnahme einem Schieds- und Schlichtungsverfahren unterworfen werden sollen, wobei das Recht, diese dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten, nicht beeinträchtigt werden soll. Nicaragua schlug an der Konferenz vor, im Interesse der moralischen Abrüstung in den Schulen ein Pflichtfach einzuführen, in dem die Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung aller internationalen Streitigkeiten behandelt werden. Die Delegationen der mittelamerikanischen Staaten beantragten die Ergreifung von Zwangsmaßnahmen zur praktischen Durchführung des Saavedra-Lamas-Paktes. Der kubanische Außenminister Cortina erklärte im Namen seines Landes seine Zustimmung zu dem Plan eines einzigen Kriegsverhütungspaktes und der Schaffung eines ständigen amerikanischen Frie-

densinstitutes. Er erklärte weiter, daß Cuba an der Lehre von der Nichtanerkennung von gewalttätig eroberten Gebieten festhalte.

Frankreich

Annahme des Pressegesetzes

Paris, 9. Dez. ag (Havas) In der Nachmittagsitzung der Kammer wurde die Debatte über das Pressegesetz zu Ende geführt. Artikel 27 wurde dahin abgeändert, daß er sich auf die Veröffentlichung „wissenschaftlich falscher Nachrichten“ bezieht. In dieser Fassung stimmte ihm die Kammer mit 356 gegen 219 Stimmen zu. Ebenfalls gutgeheißen wurde ein Antrag, wonach die Wiedergabe von Artikeln anderer Zeitungen nur dann geahndet werden kann, wenn die ursprünglichen Artikel bereits Gegenstand eines Verfahrens waren. Schließlich wurde die Gesamtvorlage mit 359 gegen 193 Stimmen angenommen.

Italien

Elektrifizierung der Eisenbahnen

Rom, 9. Dez. ag Die Abgeordnetenkammer wird sich mit der Bewilligung eines Kredits von 1200 Millionen Lire für die Elektrifizierung einer neuen Gruppe von Eisenbahnen zu befassen haben. Der Abgeordnete ist außerdem ein Bericht über die „Angleichung“ der italienischen Währung zugegangen.

Vatikan

Aktion gegen Heidentum und Bolschewismus

Wien, 8. Dez. ag Die „Reichspost“ kündigt in einer Meldung aus Rom eine große Aktion des Papstes an, zu der sich der Vatikan unmittelbar nach der Rückkehr des Kardinalstaatssekretärs Pacelli aus Nordamerika entschlossen habe, der über seine Eindrücke berichtet und Vorschläge unterbreitet habe. Es handle sich darum, die Christianisierung der Welt zu fördern und der Ausbreitung des Neuhidentums und des Bolschewismus entgegenzuwirken. Es sollen die sozialen Grundzüge der Enzyklika Quadragesimo Anno verwirklicht werden, und zwar erstrebe der Papst ein Zusammenwirken von Kirche und Staat zwecks sozialer Erneuerung, die weder kapitalistisch noch sozialistisch sein soll, sondern gerecht und christlich. An alle Nuntiaturen sei entsprechend Auftrag erteilt worden wegen der Zusammenarbeit der katholischen und gesamtchristlichen und staatlichen Kräfte.

Rom, 9. Dez. ag Das Befinden des Papstes bessert sich zusehends. Am Dienstagabend teilte Prof. Milani mit, daß die Heilung ihren normalen Verlauf nehme. Pius XI. kann nächste Woche seine Audienzen wieder aufnehmen.

Niederlande

Stärkung der Landesverteidigung

Amsterdam, 8. Dez. ag (DWB) In einer Denkschrift an die Zweite Kammer teilt Ministerpräsident Colijns, der gleichzeitig Verteidigungsminister ist, mit, daß in aller nächster Zeit ein Gesetzentwurf eingebracht werden soll, durch den die Dauer der ersten militärischen Übung bei der Marine verlängert wird. Ferner soll die Zahl der Übungen aller Militärdienstpflichtigen erhöht werden. In Vorbereitung sei ferner ein Gesetzentwurf, durch den die Zahl der Einberufenen wesentlich erhöht werden soll.

Flugzeugabsturz in England

Siebzehn Tote?

London, 9. Dez. ag (Havas) Ein Verkehrsflugzeug ist bei Purley in der Nähe von Croydon brennend abgestürzt. Siebzehn Personen sollen dabei ums Leben gekommen sein.

Japan

Tokio, 8. Dez. ag Das Kriegsministerium, das allen Arbeitern in den Militärwerkstätten den Anschluß an die Arbeiterunion untersagt hat, plant nunmehr die Erfassung aller Arbeiter der Rüstungsindustrie in halb militärische Verbände. Die neue Organisation, die den Namen „Kointai“ (auf deutsch etwa: „Technische Gruppe innerhalb der Wehrmacht“) führt, soll auch im Fall einer Mobilmachung als technische Hilfskraft eingestuft werden.

Kleine Auslandnachrichten

Im Alter von 111 Jahren gestorben. ag (DWB) Freitagabend starb im Alter von 111 Jahren und 38 Tagen der älteste Deutsche, Friedrich Sawowski, im Altersheim in Reidenburg (Ostpreußen). Sawowski wurde am 27. Oktober 1825 in Orlau geboren. Er war von Jugend auf als Landwirtschaftsarbeiter tätig. Später erwarb er sich ein eigenes Heimwesen, das er bis zum 102. Lebensjahr selbst bewirtschaftete. Bis in die letzten Jahre seines Lebens ist Sawowski nie krank gewesen.

Unglücksfälle und Verbrechen

Heberfall. Saviese (Wallis), 9. Dez. ag Als nach den Gemeindevahlen von Saviese der 19jährige Remy Héritier in der Dunkelheit einen Keller in Roumaz verließ, wurde er angegriffen. Eine Revolverkugel durchschlug ihm die Aorta. Ein Mann, namens Marcellin Barone, ist provisorisch in Haft gesetzt worden.

Eine Falschmünzbande. Tokio, 8. Dez. ag Fünf Mitglieder einer internationalen Falschmünzbande wurden unter auffallendsten Umständen in Yokohama verhaftet. Es sind dies zwei ehemalige japanische Bankdirektoren, die vorher auch im Hofministerium Beamtenstellen bekleidet hatten. Außerdem verhaftete man einen Rechtsanwalt sowie zwei dänische Staatsangehörige. Nach der Agentur Domei standen die Verhafteten in Verbindung mit führenden Persönlichkeiten der Bankwelt und der Politik in China. Die Zentrale der Bande soll sich in Schanghai befinden. Die Untersuchungen hätten ergeben, daß auch amerikanische, französische und russische Emigranten außer den bereits genannten Dänen und Japanern an der Falschmünzaffäre beteiligt seien. Die Agentur Domei meldet weiter, daß bereits die Maschinen für die Herstellung von angeblich 15 Millionen chinesischen Dollars der chinesischen Zentralbank angeschafft worden seien.

Brand eines Gasthofs

St. Gallen, 9. Dez. ag In der altgotenburgerischen Gemeinde Rätisburg brach am Mittwoch früh halb 3 Uhr im Gasthaus zum „Adler“ Feuer aus, das rasch im sich griff und den aus Wohnhaus, Scheune und Saal, Stall und Schlachthaus bestehenden Gebäudekomplex vollständig einäscherte. Die Bewohner konnten nur das Leben retten. Das Mobiliar blieb in den Flammen, dagegen wurde das Vieh in Sicherheit gebracht. Besitzer ist H. Strahmann. Man vermutet, beim Feuermachen sei ein Kamin ausgebrochen.

Das Baunnglück in Prag

Prag, 8. Dez. ag Bei dem Bau der neuen Prager Effektenbörse war am Montag die Betonbede des großen Börsensaales mit dem gesamten Stützwerk von der Höhe des zweiten Stockwerkes in die Tiefe gestürzt. Die Gerichstskommission hat Baupläne, Schriftstücke und Betonproben beschlagnahmt. Der Ingenieur, dem die Aufsicht des Baues übertragen war, wurde verhaftet. Durch die Untersuchung an Ort und Stelle wurde festgestellt, daß dieser Ingenieur mit dem Bau des Gerüstes einen Arbeiter betraut hat, der dafür absolut keine Vorkschulung besitzt und überhaupt kein Zimmermann ist. Dieser Arbeiter wurde ebenfalls verhaftet.

Einsturz eines Schulhauses

Lissabon, 9. Dez. (Tel. der „United Press“) In Porto de Moz, einem kleinen, hundert Kilometer nördlich von Lissabon gelegenen Orte, wurden 45 Personen, darunter 25 Kinder, getötet und etwa 200 verletzt, als der Fußboden eines Schulraumes einbrach, in dem sich 500 Menschen versammelt hatten, um einen Vortrag anzuhören.

Die Ueberschwemmung auf Luzon

Manila, 9. Dez. (Tel. der „United Press“) Auf der Insel Luzon hat der Rio Grande de Cagayan, von gewaltigen Regenmassen angeschwollen, fast die Hälfte der Provinz Ibabala und große Teile der Nachbarprovinz Nueva Biscaya mit schmutzigen Fluten überschwemmt, die alle Dörfer dieses dichtbesiedelten und überaus fruchtbaren Teils weggerissen oder viele Meter tief unter Wasser gesetzt haben. Der Cagayan ist um zehn Meter über den Normalstand gestiegen. An über 50 Stellen sind Dämmebrüche erfolgt, durch deren breite Deffnung sich die Wassermassen kilometerweit über die Fußnebenungen ergossen. Der Gouverneur der Provinz Ibabala telegraphierte der Regierung, er fürchte, daß Tausende von Menschen von den Fluten fortgeschwemmt worden seien.

Aus dem Katastrophengebiet liegen nur spärliche Berichte vor, da die Straßen und die Telegraphen- und Telefonleitungen zerstört sind. Aus den nördlich von Ibabala liegenden Städten und Dörfern sind überhaupt noch keine Meldungen eingelaufen. Infolgedessen hegt man schwere Besorgnisse um die am Unterlauf des Flusses liegenden Ortschaften der Provinz Cagayan.

Die Regierung hat von Manila aus ein Flugzeug entsandt, um das ganze Hochwassergebiet abfliegen zu lassen. Das rote Kreuz organisiert die Rettungs- und Unterstützungsmaßnahmen.